Islam · Kultur · Politik

BEILAGE ZUR POLITIK UND KULTUR

Mai– Juni 2011 www.kulturrat.de ISSN 2191-5792 · B 58 662

Der Aufklärung verpflichtet

Die Kritik der Islamkritik / Von Patrick Bahners

Am 2. November 2010 haben die Bürger von Oklahoma einer Änderung der Verfassung ihres Staates zugestimmt. Demnach ist es den Gerichten verboten, das Völkerrecht und das Recht der Scharia anzuwenden oder auch nur zur konsultieren. Auf dem Abstimmungsformular wurde erläutert, die Quelle des Völkerrechts sei der allgemeine Konsens der zivilisierten Völker. Die Scharia, das islamische Recht, habe zwei Hauptquellen: den Koran und die Lehren Mohammeds. 70 Prozent der Abstimmenden stimmten mit Ja.

Foto: Reinhard Baumgarten

Auf den ersten Blick ist der Vorgang bloß ein kurioses Zeugnis amerikanischer Bigotterie. Der muslimische Bevölkerungsanteil in Oklahoma liegt unter 0,1 Prozent. Ein Bundesrichter stoppte die Anwendung des geänderten Verfassungstextes, da er die im ersten Zusatz zur Bundesverfassung garantierte Freiheit der Religionsausübung verletze. Die Republikaner haben im Repräsentantenhaus von Oklahoma City schon ein neues Gesetz verabschiedet, das das Scharia-Verbot bekräftigt. Der Protest gegen die angebliche Überfremdung des Rechts ist eine wirkungsvolle Parole in den Kulturkriegen der amerikanischen Rechten. Richter, die bei Abwägungen zwischen Bürgerrechten und nationaler Sicherheit die internationalen Vertragsverpflichtungen der Vereinigten Staaten berücksichtigen, werden als Verräter beschimpft. Nur in Amerika kann es vorkommen, möchte man glauben, dass eine Bürgerschaft förmlich erklärt, sie wolle von den Überzeugungen der Kulturvölker nichts hören.

In den Wochen, als die Bürger von Oklahoma aufgefordert wurden, einen „Präventivschlag" gegen die Scharia zu führen, reiste Angela Merkel durch Deutschland, um sich auf sogenannten Regionalkonferenzen der CDU um die Parteiseele zu kümmern. Mit einem Satz löste sie überall rauschenden Beifall aus: „Es gilt in Deutschland ganz eindeutig das Grundgesetz und nicht die Scharia." Damit reagierte die Parteivorsitzende auf ihre Weise auf einen Satz, den der von ihr ins Amt gebrachte Bundespräsident Christian Wulff in seiner ersten Nationalfeiertagsrede gesagt hatte. Dass Wulffs harmloser Satz, der Islam gehöre inzwischen auch zu Deutschland, einen beispiellosen Sturm öffentlicher Kritik entfesselte, hatte mit Frau Merkel zu tun. Sie hatte durch die Mitteilung, sie halte Thilo Sarrazins Programm einer eugenischen Integrationspolitik für „nicht hilfreich", den Autor von „Deutschland schafft sich ab" zum Volkshelden gemacht. Eine Vertrauenskrise des politischen Betriebs bildete den Rahmen für die Debatte, in der nun plötzlich die Frage nach der Zugehörigkeit des Islams zu Deutschland mit Ja oder Nein zu beantworten war – ohne dass geklärt wurde, wie man sich bei einer Weltreligion die Zugehörigkeit zu einem Nationalstaat vorzustellen habe.

Sehr viele Sarrazin-Fans, die sich in Leserbriefen zu Wort meldeten, legten Wert auf die Feststellung, dass es ihnen um die Redefreiheit des aus dem Amt gedrängten Bundesbankvorstands gehe, nicht um dessen Ansichten, die sie nicht teilten. Aber wer sich für die Meinungsfreiheit eines Dritten engagiert, muss voraussetzen, dass dessen Meinungen diskussionswürdig, eben irgendwie hilfreich sind. So wuchs der von Sarrazin propagierten abschätzigen Islamkritik ein Schein von Seriosität zu, weil Sarrazin eine neue Autorität gewann. Eine ähnliche Dynamik bestimmte die Diskussion über Wulffs Festredensatz. Die Beiläufigkeit irritierte, mit der Wulff die Einbürgerung der Einwandererreligion vornahm. So einfach sollte er es sich nicht machen dürfen: Eifrig wurden Gründe für die Nichtzugehörigkeit des Islams zu Deutschland zusammengetragen, weil man die Politiker sowieso im Verdacht hat, mit Formeln Probleme zu überkleben. Wie die Wähler von Oklahoma die Scharia als neue, unüberbietbar exotische Chiffre für das ferne, unamerikanische Washington ablehnten, so kommt in der Kritik am Irenismus der deutschen Religionspolitik der durch Sozialstaatsreformen und Finanzkrise übermächtig gewordene Verdacht zum Ausdruck, die Berliner Akteure hielten die Wahrheit über die Schrumpfung ihrer Handlungsspielräume geheim.

Man werde die politische Dimension der Botschaft des Propheten und die asoziale Sittlichkeit migrantischer Milieus ja wohl zum Thema machen dürfen: Die Popularität dieser Losung muss überraschen, wenn man zur Kenntnis nimmt, dass die Desiderate längst Leitthemen der Leitmedien bezeichnen. Doch Journalisten wird unterstellt, sie seien Komplizen der Verschwörung zum Schönfärben. Sarrazins Erfolg beim Publikum war ein Schock für die Politiker. Sie meinten zeigen zu müssen, dass auch sie Sentenzen der Marke Klartext im Angebot haben. Der Beitrag der Kanzlerin war die Abgrenzung der Geltungsbereiche von Grundgesetz und Scharia. Aus ihrem Mund klang der Satz wie alles lakonisch, und man mag dahinter eine List vermuten, die Absicht, die heiße Luft aus der Islamdebatte entweichen zu lassen. Durch die Feststellung des Selbstverständlichen hätte mit einem Schlag der ganze Spuk verfliegen sollen. Man schlägt sich an den Kopf: Ach ja, in Deutschland gilt das Grundgesetz, wie konnte ich das vergessen!

Aber leider hat sich Frau Merkel nicht auf den einen klaren und nüchternen Satz beschränkt, sondern hinzugefügt, „in manchen Ausprägungen" passe der Islam nicht zu „unserer" Verfassung: So seien „Zwangsverheiratungen und Ehrenmorde" nicht Teil „unserer" Grundordnung. Die Kanzlerin verbreitete also das böse Gerücht, es gebe in gewissen Richtungen des Islam das Gebot, die Tochter gegen ihren Willen zu verheiraten und bei einem Verstoß gegen den Moralbegriff der Familie umzubringen. Frau Merkel versicherte den CDU-Mitgliedern zwar, die Einführung der Scharia in Deutschland sei nicht zu befürchten. Aber indem sie Grundgesetz und Scharia als Gegensatzpaar in den Raum stellte, hatte sie eine stehende Wendung der unduldsamen Islamkritik übernommen. Ist ihr nicht bewusst gewesen, dass es sich um eine Formel handelt? Rechtsstaat und Islam seien unvereinbar, lautet das Dogma, das Ralph Giordano verkündet. Alle Diskussion erübrigt sich, weil jedermann mit der Scharia die abgehackte Diebeshand und die gesteinigte Ehebrecherin assoziiert. Die neue Abendlandideologie macht die eigene Tradition unzugänglich. Dass Allah sich als Gesetzgeber offenbart hat, soll es dem Muslim unmöglich machen, das weltliche Gesetz zu befolgen. Das kann nur glauben, wer vergessen hat, dass auch der Gott der Bibel in Rechtsbeziehungen zu seinen Geschöpfen tritt und am Ende der Zeiten Gericht halten wird. Über dem Gedanken des erzliberalen Rechtsphilosophen Ronald Dworkin, im Rechtsstaat müsse es für jedes Rechtsproblem eigentlich genau eine richtige Lösung geben, liegt der Abglanz der christlichen Kosmologie, der Aufhebung aller Widersprüche in der Weisheit des Schöpfers.

Die dogmatischen Islamkritiker bilden eine große, sogar eine globale Koalition. Newt Gingrich und Alice Schwarzer warnen beide vor der islamistischen Unterwanderung der Justiz. Aber wo sie die schleichende Scharia beschwören, handelt es sich regelmäßig darum, dass ein Gläubiger den säkularen Staat, der keine religiösen Vorschriften machen will, beim Wort nimmt und auf seinem Recht besteht, sich in seinem Leben nach den Regeln seines Glaubens zu richten. In der „Emma" steht, die Zahl solcher Rechtsstreitigkeiten nehme zu. Das stimmt nicht. Die Kritik der Islamkritik ist der Aufklärung verpflichtet. Sie widerlegt Legenden und vertreibt Gespenster, indem sie die Alltagsvernunft wieder ins Spiel bringt gegen das Unheil der ungeprüft nachgebeteten Formeln, den Fanatismus aus Schlendrian.

DER VERFASSER IST FEUILLETONCHEF DER FRANKFURTER ALLGEMEINEN ZEITUNG (FAZ) ■

Zum Weiterlesen: Patrick Bahners: Die Panikmacher. Die deutsche Angst vor dem Islam, Verlag C. H. Beck, München 2011.

Zu der Bildreportage

Die Revolutionen in den nordafrikanischen Staaten halten seit Februar 2011 die Welt in Atem. Ausgehend von Tunesien haben sich in vielen Ländern Demokratiebewegungen zu Wort gemeldet. Sie machen deutlich, dass die westeuropäischen Regierungen und Medien viele Jahre hinweg eine verkürzte Sicht auf die arabischen Staaten hatten. Auch aus Angst vor islamistischen Organisationen wurden jahrzehntelang Diktatoren unterstützt. Jetzt zeigt sich, dass die islamistischen Organisationen nur einen kleinen Teil des Oppositionsspektrums repräsentieren. Die Opposition in Ägypten wie auch in anderen arabischen Staaten ist vielfältig, zwar bekennt sich die Mehrzahl der Menschen dort zum Islam als ihrer Religion, daraus folgt aber nicht unbedingt eine politische Aussage. Künstler und Kulturschaffende gehören teilweise zu den Triebfedern der Demokratiebewegungen. Das im Westen verbreitete Bild von der arabischen Welt bedarf einer Korrektur.

Die in dieser Beilage gezeigten Bilder von Reinhard Baumgarten sind im Februar 2011 bei den Recherchen zu seinen Hörfunkreportagen für die ARD in Ägypten aufgenommen worden.

DIE REDAKTION ■

Fortsetzung folgt

Von Olaf Zimmermann und Olaf Hahn

Dass die Resonanz auf das Dossier „Islam · Kultur · Politik" positiv ist, haben wir gehofft, dass sie so positiv ist, dass eine Fortsetzung nahe liegt, haben wir kaum zu träumen gewagt.

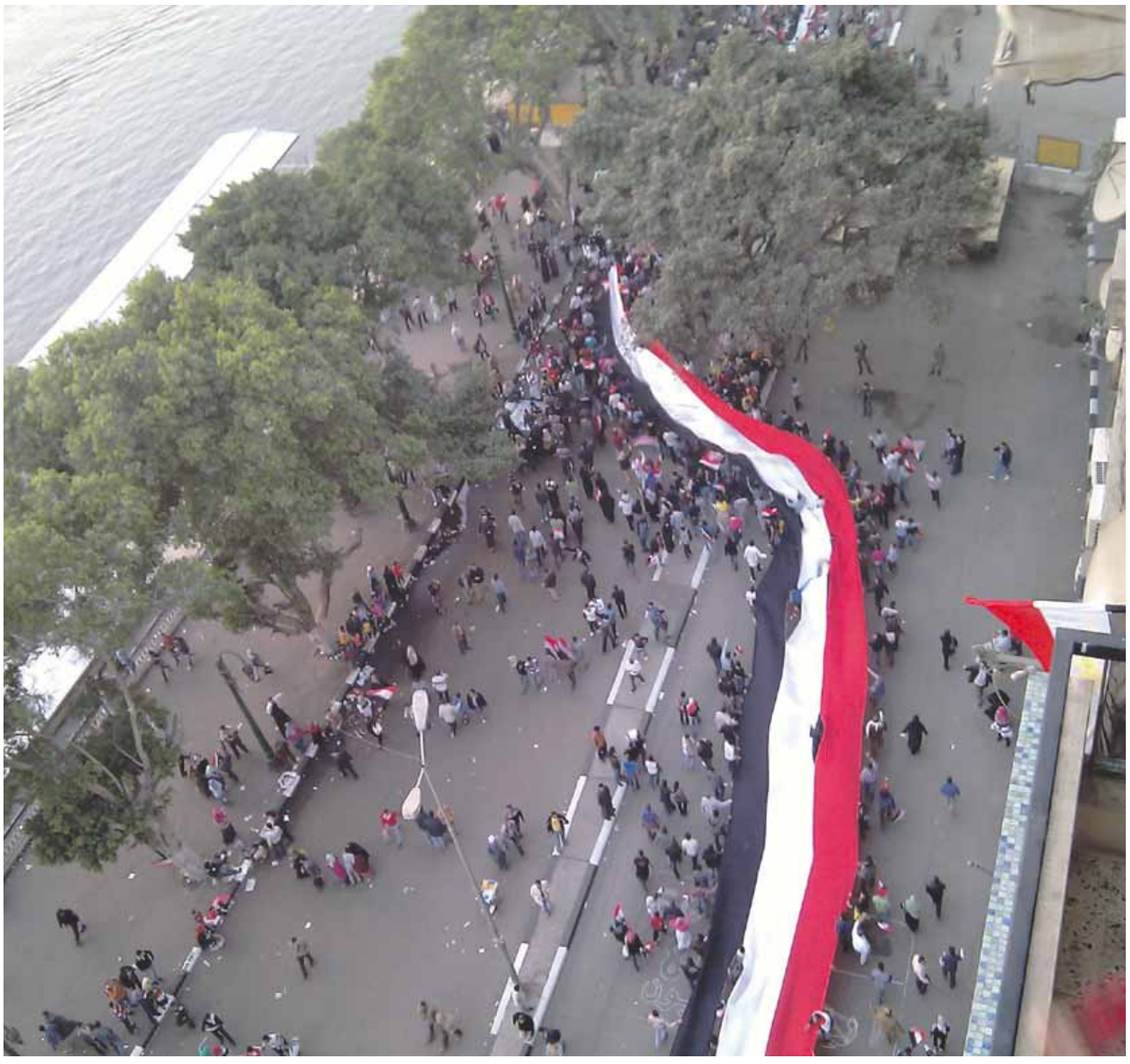

Foto: Reinhard Baumgarten

Der Ausgabe 1/2011 von *politik und kultur*, der Zeitung des Deutschen Kulturrates, war das 40seitige Dossier „Islam · Kultur · Politik" beigelegt. Es wurde damit allen Abonnenten der Zeitung zugesandt. Darüber hinaus wurde dank einer Unterstützung der Robert Bosch Stiftung ein sogenannter Überdruck realisiert, so dass eine Printauflage von 10.000 Exemplaren gedruckt werden konnte. Für eine Fachzeitung, die sich an einen spezifischen Kreis von Kulturpolitikern und Kulturinteressierten richtet und eigentlich nicht das breite Publikum anspricht, eine beachtliche Auflage und ein bisschen konnte einem schon der Atem stocken, ob bei allem Optimismus diese 10.000 Exemplare auch rasch genug auf eine Resonanz stoßen.

Der Erfolg hat uns dann fast überwältigt. Das Dossier wurde am 11. Januar 2011 in der Sehitlik-Moschee in Berlin vorgestellt. Bereits das Pressegespräch zur Vorstellung fand ein positives Echo. Und danach ging es los: Innerhalb von zwei Wochen war die Printauflage von 10.000 Exemplaren so gut wie vergriffen. Dank des Deutschen Bibliotheksverbands wurden die Großstadtbibliotheken in Deutschland über die Möglichkeit informiert, das Dossier auch an interessierte Bibliotheksnutzer weiter zu geben. Viele haben dieses Angebot angenommen und Pakete wurden nach Frankfurt, nach Bremen, nach Rüsselsheim, nach Aachen und in viele andere Städte geschickt. Katholische und evangelische Akademien bestellten das Dossier für ihre Bildungsangebote. Dank der muslimischen Verbände wurde das Dossier bundesweit in Moscheen ausgelegt. Die Konrad-Adenauer-Stiftung setzte das Dossier für die kommunalpolitische Bildungsarbeit ein. Der brandenburgische Verfassungsschutz und die Führungsakademie der Bundeswehr orderten Kontingente, um das Dossier in ihren Lehrgängen zu nutzen. Interessiert zeigten sich ebenfalls die Universitäten. Professoren islamwissenschaftlicher, juristischer, aber auch theologischer Studiengänge setzten das Dossier in Seminaren ein. Sogar evangelische Pfarrgemeinden aus Österreich bestellten das Dossier, um mit ihren Konfirmanden darin zu arbeiten.

Das Erfreuliche daran ist, dass das Dossier offenkundig nicht nur in Fachwelt und bei Multiplikatorinnen und Multiplikatoren auf reges Interesse gestoßen ist, sondern dass es breiten Zuspruch in der Bevölkerung fand.

Die ferner allein von der Webseite des Deutschen Kulturrates herunter geladenen fast 220.000 Exemplare des Dossiers sprechen ebenfalls eine deutliche Sprache. Die pdf-Datei kann darüber hinaus auch bei der Robert Bosch Stiftung aus dem Netz geladen werden.

Die Leserinnen und Leser des Online-Fachmagazin www.migazin.de wählten den Deutschen Kulturrat für die Herausgabe des Dossiers „Islam · Kultur · Politik" zum Integrator des Monats Januar 2011.

Das alles allein wäre Ansporn genug, um über eine Fortsetzung von „Islam · Kultur · Politik" nachzudenken.

Antrieb waren aber auch die vielen zustimmenden wie auch die ablehnenden Briefe und Emails von Leserinnen und Lesern. Auf der einen Seite gab es diejenigen, die sich über die vielfältigen Beiträge und die sachlichen Informationen gefreut haben. Auf der anderen Seite diejenigen, die vor dem Islam im Allgemeinen und den Muslimen im Besonderen eindringlich warnten. Diese letztgenannten Mails und Briefe wiederholten das, was den Muslimen oftmals pauschal vorgeworfen wird. Passagen des Korans werden wortwörtlich genommen und daraus ein Herrschaftsanspruch des Islams abgeleitet. Mindestens ebenso deutlich wird daraus hergeleitet, dass der Islam eine archaische und letztlich blutrünstige Religion sei.

Nicht zuletzt diese Äußerungen haben uns gezeigt, dass es wichtig ist, weiterzumachen mit dem Aufklärungsprojekt „Islam · Kultur · Politik". Es stellte sich die Frage, wie eine Fortsetzung aussehen könnte. Sollte ein Mal im Jahr ein großes, umfängliches Dossier erstellt werden, das *politik und kultur* beigelegt wird? Ein solches Dossier bietet die Chance, verschiedene Themen aus unterschiedlichen Perspektiven zu beleuchten. Es ist aber die Frage, ob ein solch durchschlagender Erfolg, wie er mit dem Dossier „Islam · Kultur · Politik" in der Ausgabe 1/2011 von *politik und kultur* gelang, so wiederholbar ist. Wird eine neue 40seitige Beilage, in der sehr viele Themen angesprochen werden, wieder auf großes Interesse stoßen? Als Alternative wurde erwogen, eine reguläre Rubrik zum Themenfeld Islam · Kultur · Politik in die Zeitung *politik und kultur* aufzunehmen. So wurde schon beim Thema Kultur und Kirche verfahren. Einzuwenden war jedoch, dass anders als das Spannungsfeld von Kultur und Kirche, das eine bereits mehrere Jahrhunderte andauernde Geschichte hat, die Beschäftigung mit dem Verhältnis von Islam, Kultur und Politik noch vergleichsweise jung ist und daher die Gefahr bestand, die Diskussion zu verkürzen. So ist die Idee dieser Beilage entstanden. Sie trägt den Titel des Dossiers „Islam · Kultur · Politik", sie hat das gleiche Layout, sie liegt der Zeitung *politik und kultur* bei, allerdings: sie ist dünner, aber sie wird bis zum Januar 2013 regelmäßig in jeder zweiten Ausgabe von *politik und kultur* erscheinen. Die Robert Bosch Stiftung war sofort bereit, als Kooperationspartner mitzuwirken, so dass diese Beilage verwirklicht werden konnte. Fortsetzung folgt also.

Die Beilagen werden – hoffentlich – auf ein ebenso so großes Interesse wie das Dossier stoßen, auch wenn sie naturgemäß anders sein werden. In dem vorliegenden Heft werden einige Fragestellungen aus dem Dossier vertieft. Es geht noch einmal um das Thema Muslime in Deutschland und inwiefern der Islam zu Deutschland gehört. Hierfür stehen der Artikel von Patrick Bahners und das Interview mit Hilal Sezgin. Angesprochen wird erneut die Frage der muslimischen Rechtskultur. Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, die ihren rechtspolitischen Neujahrsempfang in diesem Jahr unter das Thema Islam und Recht gestellt und als Gastredner Matthias Rohe geladen hatte, gibt in einem Interview Auskunft zum Verhältnis von Islam und Recht. Im Dossier wurde erörtert, inwiefern die Auslandsarbeit der Goethe-Institute in muslimisch geprägten Ländern besonderen Regeln unterliegt. In diesem Heft geben die Obleute im Unterausschuss Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik des Deutschen Bundestags Auskunft, ob sich das Bild Deutschlands ändert, wenn Deutschland im Ausland auch durch muslimische Künstler vertreten wird. Das Thema islamische Theologie wird ebenfalls noch einmal vertieft, der Ratsvorsitzende der EKD Präses Nikolaus Schneider setzt sich mit den Anforderungen an eine islamische Theologie im Konzert der Geisteswissenschaften auseinander. Die Bildreportage von Reinhard Baumgarten beleuchtet den spannenden Umbruch in Ägypten zu Beginn dieses Jahres.

Für das nächste Heft haben wir uns vorgenommen, der Frage nachzuspüren, was der 11. September 2001 für die Kultur, das Verhältnis der Religionen und die Politik bedeutet hat. Wie dieses Ereignis künstlerisch bearbeitet wurde, was daraus für das Zusammenleben von Menschen verschiedener Religionen folgt und wie sich die Politik verändert hat. Dieses Heft wird am 01.09.2011 erscheinen und wird 16 Seiten umfassen.

Insgesamt ist bei diesem Kooperationsvorhaben von Deutschem Kulturrat und Robert Bosch Stiftung unser Ziel, die Debatte um die Rolle des Islam in Deutschland weiter zu vertiefen. Es geht dabei zum einen um eine Auseinandersetzung um die Wirkungen der Religion Islam auf die Kultur und Lebensweise der hier lebenden Menschen, zum anderen soll der politische Umgang mit dem Islam bzw. mit Muslimen beleuchtet werden. Diese Debatte ist eingebettet in einen Diskurs zum Stellenwert von Religion in der Gesellschaft und speziell der Bedeutung von Religion für die Kultur. Nicht zuletzt die Anschläge vom 11. September 2001 haben die Diskussionen um die Bedeutung von Religion in einer vielfach säkularisierten Welt neu entfacht. Diese Thematisierung ergreift alle gesellschaftlichen Bereiche so auch die Kultur.

Die Beilagen „Islam · Kultur · Politik" zielen nicht zuletzt darauf ab, die Debatte um den Islam und um Muslime in Deutschland zu versachlichen und gerade mit Blick auf den demografischen Wandel für ein friedliches Zusammenleben der Menschen verschiedener Religionen und verschiedener Kulturen zu werben. Der Deutsche Kulturrat und die Robert Bosch Stiftung verstehen dieses auch als einen Beitrag zur Umsetzung der UNESCO-Konvention zum Schutz und zur Förderung kultureller Ausdrucksformen

Wir setzen uns mit der regelmäßig erscheinenden Beilage zur Zeitung *politik und kultur* für eine nachhaltige Befassung mit der Fragestellung nach der Rolle des Islams in Deutschland ein. Dieses Thema bedarf einer kontinuierlichen Bearbeitung, soll tatsächlich Verständnis für die unterschiedlichen religiösen Prägungen erreicht werden und vor allem soll verstanden werden, welche kulturellen Wurzeln vier Mio. Menschen in Deutschland haben, von denen in den kommenden Jahren, so steht zu hoffen, immer mehr zu den Meinungsmachern in Deutschland gehören werden. Eine multireligiöse Gesellschaft wie unsere kann es sich nicht erlauben, nach wie vor Vorurteile von der Rückständigkeit des Islams und der Muslime zu pflegen. Eine solche Haltung führt letztlich zu einer „Muslimisierung der Muslime" wie Katajun Amirpour in dem Buch „Manifest der Vielen" geschrieben hat. Uns geht es darum, einer solchen Muslimisierung der Muslime entgegen zu wirken und zur Differenzierung beizutragen.

Wir hoffen auf ein weiteres Interesse an unseren Schwerpunkten „Islam · Kultur · Politik", auf rege Diskussionen, auf Lob und Kritik, so dass wir sagen können, es lohnt sich, dass die Fortsetzung folgt.

OLAF ZIMMERMANN IST GESCHÄFTSFÜHRER DES DEUTSCHEN KULTURRATES. OLAF HAHN IST BEREICHSLEITER BILDUNG UND GESELLSCHAFT BEI DER ROBERT BOSCH STIFTUNG ■

Das Dossier Islam · Kultur · Politik (1/2011) kann unter www.kulturrat.de/dossier/islam-dossier.pdf abgerufen werden.

Deutschland muss sich neu erfinden

Kristin Bäßler im Gespräch mit Hilal Sezgin

Deutschland muss sich neu erfinden: Als Gegenreaktion auf das im letzten Sommer erschienene Buch von Thilo Sarrazin „Deutschland schafft sich ab" haben sich zahlreiche Schriftsteller, Sozialwissenschaftler, Regisseure und Journalisten zu Wort gemeldet. Die Journalistin und Buchautorin Hilal Sezgin hat diese Texte nun in dem Buch „Deutschland erfindet sich neu: Manifest der Vielen" zusammengetragen. Darin versammelt sie Essays, kurze Prosatexte und Gedichte u. a. von Hatice Akyün, Neco Celik, Kübra Gümüsay, Lamya Kaddor, Aiman Mazyek, Yasemin Karakasoglu, Riem Spielhaus und Feridun Zaimoglu. In ihren Texten setzen sich die Autorinnen und Autoren mit dem Zusammenleben in einem pluralen Deutschland, kulturellen Stereotypen und Vorurteilen gegenüber Muslimen auseinander. Sie machen deutlich: „Sarrazin kommt und geht. Wir bleiben hier".

Islam · Kultur · Politik: Frau Sezgin, Sie schreiben, dass das Buch *„Manifest der Vielen"*, das Sie im Februar herausgegeben haben „Gegengift und Pflichtlektüre" sein soll. Was meinen Sie damit?
Hilal Sezgin: Hinter uns liegt ein halbes Jahr, in dem Thilo Sarrazin seine „Thesen" auf allen Kanälen verbreiten konnte. Als Gegenreaktion auf diesen sich ausbreitenden Diskurs haben wir gefunden, dass man der Sarrazinschen Krankheit aus einer ganz anderen Perspektive etwas entgegensetzen muss. Wir wollten aber nicht aufzählen, wie viele Gemüsehändler es in Deutschland gibt oder wie viele Türken schon deutsch können. Mit solchen Gegenargumenten kann man gegen einen Rassisten nicht ankommen. Wir haben daher versucht, eine andere Perspektive auf dieses Thema zu geben und zu zeigen, dass es viele Menschen in diesem Land gibt, die zu der Integrationsdebatte Interessantes und Konstruktives zu sagen haben. Wir haben versucht, die Debatte schräg anzuschneiden und damit eine Art „Gegengift" zu liefern. „Pflichtlektüre" ist natürlich ein bisschen anmaßend, aber wir hoffen natürlich, dass sich viele Menschen für dieses Buch interessieren werden. Danach sieht es im Moment auch aus.
Islam · Kultur · Politik: Wie kam es zu dem Buch und nach welchen Kriterien haben Sie die Autoren ausgewählt?
Sezgin: Hintergrund des Buches war, dass ich einen Artikel zu der Sarrazin-Debatte geschrieben hatte. Danach kam der Verleger des Blumenbar Verlages auf mich zu und fragte, ob ich nicht zu diesem Thema ein ganzes Buch schreiben wollte. Das ging in zehn Tagen nicht. Ich hatte aber im Vorfeld bereits den Brief an Bundespräsident Wulff („Offener Brief deutscher Musliminnen und Muslime an Bundespräsident Christian Wulff", A. d. R.) geschrieben und hatte von daher Kontakt zu verschiedenen Schriftstellern und Künstlern. Ich dachte mir, dass es eine schöne Idee wäre, wenn eine Reihe von diesen Mitunterzeichnern in dem Buch zu Wort käme. Nicht als Kollektiv, das sind wir in diesem Sinne nicht, da wir alle sehr unterschiedlich sind. Es war uns aber wichtig, dem Diskurs von Sarrazin eine Vielfalt von Stimmen entgegenzusetzen. Ich hatte dabei nicht bestimmte Themen vor Augen, sondern habe nach den Autoren entschieden. Es war mir wichtig, dass viele Stimmen aus unterschiedlichen Bereichen zusammengetragen werden. So sind Texte von Verbandsvertretern, Sozialwissenschaftlerinnen, Pädagoginnen und Schriftstellern etc. versammelt, die man sonst so nicht zusammen lesen würde.
Islam · Kultur · Politik: In vielen Ihrer Artikel und Essays thematisieren Sie, dass Zuwanderer in Deutschland stärker an gesellschaftlichen Diskussionen und politischen Entwicklungen teilhaben müssen. Kann das Buch „Manifest der Vielen" auch als Manifest für mehr Partizipation verstanden werden?
Sezgin: Ja. Im Grunde genommen ist das Buch eine Manifestation für mehr Partizipation. Zudem ist es aber auch ein Beispiel für Partizipation, indem verschiedene Stimmen Analysen, Kritik und Hoffnungen zum Ausdruck bringen: mal polemisch, mal nachdenklich, mal konstruktiv.
Islam · Kultur · Politik: Sie sind muslimisch erzogen worden. In einem Interview haben Sie einmal gesagt, dass Sie seit dem 11. September 2001 ein gutes Stück gläubiger geworden sind. Warum?
Sezgin: Das ist natürlich erst einmal eine paradoxe Reaktion. Im Jahr 2001 war ich Redakteurin bei der Frankfurter Rundschau und habe dort viele Texte betreut und selber zum Thema Islam, Islamismus, Terrorismus und Multikulturalismus geschrieben. Diese Themen haben sich nach dem 11. September noch einmal ganz neu und dringend gestellt. Direkt nach dem 11. September 2001 war ich geschockt und habe mich, wie viele andere auch, gefragt, ob wir bis dahin den Islam womöglich falsch verstanden hätten. Heute wissen wir, dass diese Form des Islam nichts mit dem Islam zu tun hat, wie die Mehrzahl der Muslime ihn lebt. Wenn man sich verstärkt mit dem Islam im politischen Kontext befasst, dann kommt man seinem eigenen Glauben automatisch näher. Es ist ulkig, wie manchmal Umstände von außen persönliche Einflüsse lenken können.
Islam · Kultur · Politik: Lamya Kaddor schreibt in ihrem Essay „Ein kalkulierter Affront" von einer sich verbreitenden „islamischen Depression". Beobachten Sie so etwas auch?
Sezgin: Ja, das kann man so nennen. Die Muslime in Deutschland, die die Debatten in Deutschland verfolgen, sind in der Tat sehr frustriert. Wenn man sich einmal die Artikel und Fernsehsendungen anschaut, die jeden Tag das Fremdartige, das Andersartige des Islams herausstellen und fragen, ob der Islam zu Deutschland überhaupt passt, dann hat das etwas sehr Ausgrenzendes und Beängstigendes in Hinblick auf die gesamtdeutsche Perspektive. So etwas kann und darf sich eine Gesellschaft nicht leisten.
Islam · Kultur · Politik: Der Islamwissenschaftler Aziz al-Azmeh sprach vor einigen Jahren von der „Islamisierung des Islams". Katajun Amirpur schreibt in ihrem Text im Buch „Manifest der Vielen" von der „Muslimisierung der Muslime". Damit wird die Tendenz beschrieben, dass sich der Westen einen bestimmten Islam konstruiere, bzw. die in Europa lebenden Muslimen zu einer homogenen Gruppe mache, die sie – wie alle anderen Glaubensgemeinschaften eben auch – nicht sind. Wie kann dieser Stereotypisierung entgegengesteuert werden?
Sezgin: Oft werden alle Muslime in eine Kategorie gepackt. Diese Kategorie ist sehr verallgemeinernd, zumal wenn darüber hinaus auch noch von den „muslimischen Migranten" gesprochen wird. Die Hälfte der in Deutschland lebenden Muslime hat die deutsche Staatsbürgerschaft, und auch die anderen leben schon ewig hier, sind also eigentlich keine Migranten! Muslime in Deutschland sind sehr unterschiedlich: welche die streng gläubig sind, welche, die es gar nicht sind und welche, die beispielsweise überhaupt keine Migrationserfahrungen gesammelt haben. Ich selber zum Beispiel bin in Frankfurt am Main geboren, ich bin keine Migrantin. Viele der Autoren der Texte sind zwar Muslime, wir haben das aber nicht auf den Buchdeckel geschrieben, weil wir diese Selbstzuschreibung bzw. die Engführung von Ethnie und Religion gar nicht erst wiederholen wollten. Mit der von Amirpur angesprochenen „Muslimisierung der Muslime" werden im politischen Diskurs soziale Phänomene religiös gedeutet. Unterschiedliche Bevölkerungsgruppen werden in einen Topf geworfen, auf den dann Muslim geschrieben wird. Mit dieser Verallgemeinerung entlastet sich die Politik im Grunde genommen selber, so nach dem Motto: Wenn das mit dem Schulabschlüssen der Kinder mit Zuwanderungsgeschichte nicht klappt, dann hat das eben etwas damit zu tun, dass sie Muslime sind. Dann ist das nicht die Schuld der Politik, sondern liegt an der Kultur der Muslime. Anstatt wesentlich mehr Geld in Bildungsangebote zu geben, um so etwas wie Chancengleichheit herzustellen, werden Stereotype weiter unreflektiert wiederholt. Auf diese Weise können Probleme nicht gelöst werden, weil man sie von vornherein mit der falschen Brille betrachtet.
Islam · Kultur · Politik: Wer könnte in die Pflicht genommen werden, den Islam in all seinen Facetten zu vermitteln?
Sezgin: Ich glaube, dass man den Islam gar nicht mehr andauernd vermitteln muss. Es gibt bereits zig Angebote und gute Bücher. Wir reden derzeit eigentlich schon viel zu viel über Religion. Vielmehr geht es darum zu fragen, wer dafür verantwortlich ist, dass der Islam immer so negativ dargestellt wird. Ganz viel von der Stereotypisierung wird wirklich von den Medien gemacht, und die funktionieren nach dem Prinzip der Aufmerksamkeitsökonomie. Viele Journalisten wollen oder müssen spektakuläre und kontroverse Themen in den Medien setzen. Damit lässt sich eben Quote machen. Zu den spektakulären Aufhängern kommt dann auch viel Unwissenheit. Die dezenten Thesen haben da oftmals keinen Platz. Hier müsste man viel mehr journalistische Verantwortung walten lassen.
Islam · Kultur · Politik: Was könnte beispielsweise die Deutsche Islamskonferenz dazu beitragen, die gerade in Berlin stattfand und wieder einmal scharf kritisiert wurde?
Sezgin: In die Deutsche Islamkonferenz setze ich schon lange keine Hoffnungen mehr. In die, die im März stattgefunden hat, erst recht gar nicht. Ich bin der Meinung, dass die Deutsche Islamkonferenz zu diesem Thema eigentlich gar nichts beizutragen hat. Der falsche Politiker setzt die falsche Agenda.
Islam · Kultur · Politik: In dem Buch „Manifest der Vielen" schreiben Sie in Anlehnung an den polemischen Sarrazin Titel, dass sich Deutschland, um sich nicht abzuschaffen, neu erfinden müsse. Wie kann diese Neuerfindung Ihrer Meinung nach aussehen? Was muss sich in Deutschland verändern?
Sezgin: Grundsätzlich muss anerkannt werden, dass Deutschland eine plurale Gesellschaft ist. Plural bezieht sich aber nicht nur auf ethnische, religiöse oder kulturelle Vielfalt. Kulturelle Unterschiede gibt es auch innerhalb der autochthonen Deutschen. Zudem wird ja auch immer wieder betont, dass wir eine plurale Gesellschaft wollen und wir uns auf das Selbstverständnis einer freiheitlich pluralistischen Gesellschaft beziehen. Was wir brauchen ist eine positive Vision dieser pluralen Gesellschaftsform. Wir dürfen nicht mehr diese „blutsmäßige" Idee von Deutschsein haben, sondern brauchen eine Idee, die viel offener gefasst ist: eben eine positive Vision, die Vielfalt als Normalzustand versteht.
Islam · Kultur · Politik: Künstler werden bei gesellschaftlichen Fragen oft als Impulsgeber und Visionäre betrachtet. Welche Rolle könnten bei dem Projekt „Neuerfindung Deutschlands" die Künste spielen, also das Theater, die Literatur, die Bildende Kunst, der Film etc.?
Sezgin: Die Kunst hat in diesem Zusammenhang viele Möglichkeiten. Aber die verschiedenen Künste reagieren natürlich auch sehr unterschiedlich und haben unterschiedliche Mechanismen, um mit dem Thema Vielfalt umzugehen. Künstlerische Klischees, beispielsweise im Film, können, wenn sie humorvoll aufgebrochen werden, etwas Positives bewirken. In einer Untersuchung wurde beispielsweise festgestellt, dass die Fernsehserie „Türkisch für Anfänger", eben weil sie mit Klischees auf allen Seiten spielt, Vorurteile der Probanden gesenkt hat.
Islam · Kultur · Politik: Die Kunst könnte also eine wie von Ihnen genannte „positive Vision" vermitteln?
Sezgin: Auf theoretischer Ebene vielleicht weniger, dafür sind andere Bereich zuständig. Aber letztlich muss eben auch ein plurales Selbstverständnis in der Gesellschaft verankert werden, und dabei können die Künste helfen. Momentan sind wir viel zu festgefahren in diesem Diskurs der Fremdheit und des Andersseins. Ein Beispiel: Viele sehen bei einer Frau mit Kopftuch zunächst nur das Kopftuch, anstatt den Menschen zu sehen, der unter diesem Kopftuch steckt. Hier können beispielsweise Erzählungen, Geschichten, Bilder oder Filme dazu beitragen, dass man einfach wieder das Individuum hinter der Gruppenbezeichnung sieht. So etwas zum Beispiel könnte ein Auftrag der Künste sein: Geschichten zu erzählen. Das wäre vielleicht sogar wichtiger, als das Theoretisieren von Vielfalt und Pluralität. Der politische Diskurs kann Normen setzen, aber das Erzählen von Geschichten ist mindestens eben so wichtig, denn bei der Erzählung von Geschichten kann der Menschen als das Unikum in Erscheinung treten, das jeder von uns nun einmal ist.
Islam · Kultur · Politik: Frau Sezgin, vielen Dank für das Gespräch.

HILAL SEZGIN IST SCHRIFTSTELLERIN UND FREIE JOURNALISTIN. KRISTIN BÄSSLER IST WISSENSCHAFTLICHE MITARBEITERIN DES DEUTSCHEN KULTURRATES ■

Hilal Sezgin (Hg.): Deutschland erfindet sich neu: Manifest der Vielen. Blumenbar Verlag, Berlin 2011.

Foto: Reinhard Baumgarten

Künstler als Schrittmacher moderner Gesellschaften

Die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik / Von Monika Grütters

Der niederländische Schriftsteller Cees Nooteboom stellte einmal die Frage, ob nicht die Lektüre der Bibel auch für diejenigen obligatorisch sein sollte, die nie mehr eine Kirche von innen sehen werden. Müssen wir akzeptieren, dass es bei uns ein immer kleiner werdender Kreis ist, der überhaupt noch eine Ahnung davon hat, was in der Bibel geschrieben steht und was somit auch den Kern unserer abendländischen Tradition und Kultur ausmacht?

Die notwendige Einheit einer Gesellschaft und einer Nation setzt eine Selbstvergewisserung durch die eigene Kultur und Identität voraus. Nur wer seine eigene Kultur kennt und schätzt, kann mit Menschen anderer kultureller Prägungen in einen fruchtbaren Dialog treten. Deutschland hat in den vergangenen Jahrhunderten nicht zuletzt durch Zuwanderung und Integration seine Prägung als europäische Kulturnation erfahren. Unsere Kultur ist in ihrer stilistischen Vielfalt und der Fülle ihrer Ausdrucksformen auch das Resultat zahlreicher Einflüsse anderer Kulturen.
Doch wie sind die Beziehungen zwischen den christlichen Wurzeln unserer Kultur und den Veränderungen in unserer gegenwärtigen Lebenswelt? Immer wieder wollen und müssen wir die kulturbildenden Potenziale in der Überlieferung des Christentums auf ihre Leistungsfähigkeit und Inspirationskraft heute befragen. Wenn eine Kultur sich zunehmend von ihren Wurzeln entfernt, erweitert, aber verändert sie sich auch. Kulturell pluralistische Gesellschaften sind nicht frei von Konflikten. Aber haben nicht gerade Kunst und Kultur das Potential, unterschiedliche Kulturen, Künste, Sprachen, Gebräuche und Wertevorstellungen zusammenzubringen und vielleicht gar zu einer Sprache werden zu lassen?
Kunst und Kultur sind immer auch Ausdruck von Humanität. Mehr als andere Politikfelder sucht die Kulturpolitik daher nach Antworten auf die Fragen nach den Kräften und Werten, die unsere Gesellschaft zusammenhalten – ähnlich, wie es die Religionen und ihre Gläubigen tun. Religion, Kirche und Kultur sind keineswegs deckungsgleich, sondern stehen oft in einem spannungsvollen Verhältnis zueinander. Gemeinsam ist ihnen, dass sie neue Perspektiven eröffnen, den Blick über Vordergründiges hinaus lenken, das Leben deuten wollen. Gerade die Kunst in allen ihren Sparten, die Künstler selbst sind es, die auch immer Grenzen ausloten.
Auch in der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik (AKBP) geht es uns um die Vermittlung von Werten – um Freiheit, Demokratie und Menschenrechte. Mit einem weitverzweigten Netzwerk an Mittlerorganisationen sind wir weltweit aktiv. Ein Ziel unserer Bemühungen ist es, Begegnungen und Austauschprozesse zwischen den kulturellen Milieus im In- und Ausland zu intensivieren. Je mehr Künstler die Möglichkeit erhalten, für einen längeren Zeitraum Gast in einem anderen Land zu sein, desto stärker werden ihre Eindrücke der fremden Kultur, desto mehr Zeit gibt es für den intensiven Austausch und desto stärker wird andererseits der Eindruck, den sie hinterlassen und wieder mit „nach Hause" bringen.
Diese kulturelle Programmarbeit übernehmen in erster Linie unsere Mittlerorganisationen: das Goethe-Institut mit seinem dichten Netz von Kulturinstituten, das Institut für Auslandsbeziehungen (ifa) und der DAAD mit seinem weltweiten Lektorennetz und in Deutschland dem Berliner Künstlerprogramm (BKP). Sie alle fördern die Vernetzung von Künstlern untereinander; sie vermitteln ein Bild von der hohen Qualität und großen Vielfalt des künstlerischen Schaffens in Deutschland und tragen zu einem modernen Deutschlandbild bei, denn sie alle leben von der Wirkung der universalen Sprache der Musik, des Tanzes, der Bildenden Künste und Kultur.
Dabei ist das bedeutendste Merkmal deutscher Kulturpolitik die im Grundgesetz verbriefte Freiheit der Kunst. Sie ist der Grund für die auskömmliche Finanzierung der Kultur durch den Staat. So sollen nicht nur das kulturelle Erbe geschützt, sondern vor allem auch eine künstlerische Avantgarde möglich gemacht werden. Das hier nötige Experimentieren schließt immer das Risiko des Scheiterns mit ein – aber nur so wird Fortschritt möglich. Dieser geht der gesellschaftlichen Wirklichkeit, auch der Wirtschaft, voraus. Und die großen Freiheiten, die Kultur und Wissenschaft in Deutschland genießen, schließen in jedem Fall religiöse Aspekte und Freiheiten mit ein. Viele heutige Konflikte sind kulturell grundiert, deshalb bekommen diese Fragen eine immer größere Bedeutung. Und wer

Foto: Reinhard Baumgarten

könnte sensibler, empathischer, phantasievoller, also besser damit umgehen als Künstler und Intellektuelle? Auch deshalb spielen artist-in-residence-Programme eine bedeutende Rolle in einer nachhaltigen (auswärtigen) Kulturpolitik.
Oper ist in Vietnam geradezu unbekannt; trotzdem ermöglichte das Goethe-Institut zum Abschluss des Deutschlandjahrs in Vietnam ein außergewöhnliches, interdisziplinäres Musiktheaterprojekt, das am 14. Januar 2011 in Hanoi Premiere feierte: mehr als 100 Künstler, Sänger, Tänzer und Musiker aus Europa und Vietnam haben Wochen lang gemeinsam geprobt, um den Parzival-Stoff nach einem Libretto von Tankred Dorst in Hanoi neu auf die Bühne zu bringen – und es wurde ein interkulturelles Fest mit großer Integrationskraft.
Um unsere engen und vielschichtigen Beziehungen zur Türkei zu stärken, planen wir, nach dem Vorbild der Villa Massimo in Rom und ähnlicher Stipendienprogramme der Goethe-Institute auch in dem Istanbuler Stadtteil Tarabya auf dem Gelände der historischen Botschaftsresidenz eine Künstlerakademie: Künstlerinnen und Künstler sollen auch hier die Möglichkeit erhalten, für einen längeren Zeitraum an einem ihnen fremden Ort zu leben, zu arbeiten und sich auszutauschen. Wir brauchen diese nachhaltigen Verbindungen, diese Netzwerke in den meinungsbildenden Milieus beider Gesellschaften, diese Vernetzung deutscher und internationaler Künstler zur Stärkung des interkulturellen Dialogs – denn Kunst und Kultur sind die entscheidenden Schrittmacher moderner Gesellschaften.

DIE VERFASSERIN IST OBFRAU DER CDU/CSU-BUNDESTAGSFRAKTION IM UNTERAUSSCHUSS AUSWÄRTIGE KULTUR- UND BILDUNGSPOLITIK DES DEUTSCHEN BUNDESTAGS UND VORSITZENDE DES AUSSCHUSSES FÜR KULTUR UND MEDIEN DES DEUTSCHEN BUNDESTAGSES ■

Schlüsselrolle der Kultur

Deutsche Kultur- und Bildungsvermittlung in den arabischen Ländern in Zeiten des demokratischen Aufbruchs / Von Harald Leibrecht

Die revolutionären Prozesse in den Maghreb-Staaten und in der arabischen Welt, gleich wie sie weitergehen und ausgehen werden, haben bereits zu einer grundlegenden „Wende“ geführt, die am besten so zu verstehen ist, dass wir es in dieser islamischen Region mit dem Phänomen einer neuen gelebten Mündigkeit zu tun haben. Gegen soziale Ungerechtigkeiten, politische Unterdrückung und für ihre Freiheit sind mutige Bürgerinnen und Bürgern auf die Straße gegangen, so dass diese Wende eine wahrhaftige Chance für Demokratie und Menschenrechte bietet, wie sie bis vor kurzem noch kaum vorstellbar erschien. Demnach ist Mündigkeit zunächst Dreh- und Angelpunkt innerhalb eines alten terminologischen und programmatischen Kanons aus der Zeit der Aufklärung, wobei zwischen Wissen, individueller Freiheit und gesellschaftlichem wie wirtschaftlichem Fortschritt eine unauflösbare Verbindung besteht. Eine Verbindung, die nun über die „westliche“ Weltgemeinschaft hinaus auch in den arabischen Ländern Einzug erhalten hat und dort wirkt. Welche Rolle kann hierbei der Kultur- und Bildungsvermittlung beigemessen werden und worauf sollte unser besonderes Augenmerk gerichtet sein?

Foto: Reinhard Baumgarten

Kultur- und Bildungsarbeit gestaltet sich im Zuge der aktuellen Entwicklungen in der arabischen Welt durchaus schwierig. Und dennoch ist diese gerade jetzt unverzichtbar. Denn seit vielen Jahren richtet sich die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik in Deutschland so aus, dass ihre Kultur- und Bildungsprojekte immer direkt bei den Menschen in den Partnerländern ankommen und ihnen auch immer direkt zum Nutzen gereichen. Bis zum demokratischen Aufbruch haben hier als ganz entscheidende Akteure das Goethe-Institut, die deutschen Auslandsschulen, die Alexander von Humboldt-Stiftung, das Institut für Auslandsbeziehungen, der Deutsche Akademische Auslandsdienst und viele weitere deutsche Institutionen und Wissenschaftskooperationen einen ganz wesentlichen Beitrag dazu leisten können, dass sich für die konventionelle Diplomatie scheinbar fest versiegelte Türen zwischen Staaten und Kulturen immer wieder einen großen Spalt geöffnet haben. Daher muss sich der kulturelle Austausch im Rahmen der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik auch nach den aktuellen Wandlungsprozessen immer so vollziehen, dass er auf gleicher Augenhöhe statt findet. Das schließt mit ein, dass die Kultur des Partnerlandes in vollem Umfang respektiert wird und der Austauscharbeit ständig eine Grundlage ist.

Besonders verweisen uns die derzeitigen Veränderungen in der arabischen Welt auf das Gebot einer neuen Konsequenz in der Wertebindung. Denn Freiheit, Demokratie und Menschenrechte werden in diesen Ländern als gesellschaftliche Zielvorstellungen nicht nur eingefordert, sondern bilden zugleich auch die Grundvoraussetzung für den weiteren Schaffungsprozess rechtstaatlicher Institutionen. Diese universellen Werte sind unentbehrlich, wenn das Potential der Menschen gefragt ist, ihre Zukunft aktiv auszugestalten und auch nach eigenem Empfinden endlich wieder Teil der Weltgemeinschaft zu sein und dauerhaft Teilhabe an der neu erkämpften Freiheit zu erfahren.

Ein Blick auf die heranwachsende oder bereits herangewachsene Generation in den arabischen Ländern gibt darüber Auskunft, dass der Anteil der unter 25-Jährigen hier jeweils schon fast die Hälfte beträgt – mit beispielsweise 52 Prozent in Ägypten, 47 Prozent in Libyen, 42 Prozent in Tunesien und sogar 65 Prozent im Jemen (Quelle: The Economist, 19. bis 25. Februar 2011). Damit verbindet sich zugleich eine neue Notwendigkeit, besonders auch im Kultur- und Bildungsbereich diese jungen Menschen zu erreichen und ihrem Verlangen nach Wissen und Fortschritt gerecht zu werden. Um aus den revolutionären Umbrüchen zu dauerhaften Strukturen zu gelangen, wird auch zukünftig eine permanente Austausch- und Kontaktmöglichkeit mit der deutschen Wissenschaftswelt sehr zuträglich sein. Hierzu bedarf es eines weiteren Auf- und Ausbaus von Netzwerken wie sie beispielsweise bereits vom Deutschen Akademischen Austauschdienst oder der Alexander von Humboldt-Stiftung für Schüler, Studierende und Wissenschaftler beider Kulturkreise unterhalten werden.

Es ist daher erfreulich, dass Deutschland auch in diesem Bereich den friedlichen und reformorientierten Kräften in der Freiheits- und Demokratiebewegungen zur Seite steht. In besonderer Weise wurden durch den sogenannten Bildungsfonds des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung – als Teil eines langfristigen Partnerschaftsprogramms – schon kurze Zeit nach dem Beginn der Transformationsprozesse in Nordafrika konkrete Maßnahmen zur Qualifizierung junger Menschen ergriffen. Dabei geht es schwerpunktmäßig um arbeitsmarktorientierte Aus- und Weiterbildungsangebote sowie um Programme für Existenzgründungen, von denen einige besonders auf die jüngeren Generationen zugeschnitten sind.

Um demokratische Wertvorstellungen weiterhin in nachhaltige Strukturen für Gesellschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung zu überführen und den Geist der Mündigkeit und Freiheit darin fest zu verankern, kommt der Kultur und Bildung in jedem Falle eine strategische Schlüsselrolle zu, weshalb es diesen Bereich weiter zu fördern und zu bekräftigen gilt. Als Kapital für die Zukunft dieser Region wird dieser Bereich unverzichtbar sein.

DER VERFASSER IST SPRECHER FÜR AUSWÄRTIGE KULTUR- UND BILDUNGSPOLITIK DER FDP-BUNDESTAGSFRAKTION SOWIE SPRECHER FÜR WIRTSCHAFTLICHE ZUSAMMENARBEIT UND ENTWICKLUNG ■

Guten Morgen, Abendland!

Islam, Kultur und Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik / Von Ulla Schmidt

Der Islam ist Teil der europäischen Geschichte und der europäischen Gegenwart. Die Tradierung und Weiterentwicklung der Philosophie und Wissenschaft der Antike durch die Wissenskultur der Araber, Perser und Juden haben wesentlich zum wissenschaftlichen und kulturellen Aufstieg des Abendlandes beigetragen. Muslime, Juden und Christen verbindet eine gemeinsame Geschichte, eine Geschichte der Konflikte, aber auch eine Geschichte der Ideen.

Die islamisch geprägte Kultur als Teil der europäischen und deutschen Identität ist längst Realität. Sie ist auch in der Kunst- und Kulturszene zunehmend erfahrbar. Das Beschwören einer christlich-jüdischen Leitkultur widerspricht der Tatsache, dass in Deutschland mehr als 4 Millionen Muslime leben und die Gesellschaft zunehmend mitgestalten. Unser Vertrauen in die Überzeugungskraft zivilisatorischer Werte wie Demokratie, Bürgerrechte und Meinungs- und Pressefreiheit sollte gerade mit Blick auf die Revolution in den arabischen Ländern soweit gestärkt sein, dass sich das Festhalten an der deutschen Leitkultur überholt. Der arabische Frühling macht deutlich: Demokratie und universelle Menschenrechte sind nicht allein die Werte westlicher Gesellschaften.

Der demokratische Aufbruch in der arabischen Welt ist eigenständig entstanden. Er ist ein Ergebnis vielfältiger kultureller Begegnungen. Der Schriftsteller Chalid al-Chamissi aus Kairo, schrieb für die FAZ (13. März 2011): „Die Kultur war einer der Hauptflüsse, aus denen sich die Revolution bisher gespeist hat.“ Globaler kultureller und medialer Austausch, Mobilität, Tourismus, Wirtschaftsbeziehungen, Fernsehen und Internet, aber auch gezielte Aktivitäten im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit und der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik prägen die politische und gesellschaftliche Landschaft. Internetnutzer, Bildungs- und Kulturakteure sind die Protagonisten der Revolution und tragen die Transformation. Die deutschen Mittlerorganisationen der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik wie das Goethe-Institut, der Deutsche Akademische Austauschdienst oder das Deutsche Archäologische Institut tragen mit ihren Aktivitäten in islamischen Ländern wie auch in Deutschland in erheblichem Maß zum interkulturellen Dialog bei. Hiwaruna, der deutsch-arabische Kulturdialog, der euro-islamische Dialog, Seminare für Kulturakteure oder das Forum Kulturpolitik des Goethe-Institutes sind nur einige Beispiele für eine wachsende Zahl deutsch- bzw. europäisch-mediterraner Initiativen und Institutionen.

Im interkulturellen Dialog spielt die zunehmende Zahl der Künstler, Kulturschaffenden und Experten mit Migrationshintergrund eine wichtige Rolle. Dabei formt sich ein Bild von Deutschland, das die geschichtsbezogene Vorstellung des Landes der Dichter und Denker bereichert und Deutschland in den globalen kulturellen Zusammenhängen verankert. Die deutsche Philosophie und Wissenschaft oder deutsche Erfindungen, welche die Weltgeschichte prägten, tragen noch immer erheblich zu einem positiven Deutschlandbild in islamisch geprägten Ländern bei. Und dabei wird das immer schon regional vielfältige Deutschland noch bunter. Die kulturelle Vielfalt im Inneren prägt den kulturellen Austausch mit seinen Rückwirkungen auf die Integration im Inneren. Kulturelle Ströme weichen damit nationale Grenzziehungen auf. Werden viele Imame in Deutschland ausgebildet und sozialisiert, wirkt dies längerfristig über deutsche Grenzen hinaus. Stellen Künstler mit muslimischen Hintergrund in Deutschland oder deutsche Künstler im Ausland aus, kann dies starre Zuschreibungen aufweichen, denn die Sprache der Kunst ist universell. Die Teilnahme von deutschen Künstlern, die in zwei Kulturen beheimatet sind, wird den kulturellen Austausch und auch das Bild von Deutschland in der islamisch geprägten Welt in Zukunft stärker mitformen.

In vielen Ländern Europas wachsen muslimische Bevölkerungsanteile und die Vielfalt globaler kultureller Ströme nimmt zu. Deshalb ist es sinnvoll, den Dialog und den Austausch mit islamisch geprägten Kulturen im Rahmen der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik nicht auf eine nationale Perspektive einzuschränken. Das Konstrukt einer christlich-jüdischen Leitkultur deutscher Lesart richtet sich vor allem nach innen und ist im interkulturellen Dialog wenig hilfreich. Die mutigen Freiheitskämpfer in den arabischen Ländern wecken uns auf und widerlegen allzu starre Zuschreibungen wie Demokratieunfähigkeit oder indoktrinierte Gefolgsamkeit. Die Freiheitsbewegungen in den arabischen Ländern, welche die Welt verändern werden, sollten uns Anlass sein für Offenheit, Dialogbereitschaft und Akzeptanz gegenüber den islamisch geprägten Kulturen. Unsere Aufgabe ist es, mit aller Offenheit, aber auch mit geradem Rücken, in der globalen, europäischen und inländischen Vielfalt der Kulturen für Werte wie Demokratie, Religionsfreiheit, Meinungsfreiheit und Frauenrechte einzustehen, aber auch für kulturelle Vielfalt statt Einfalt oder Zwiespalt. Und dazu gehört auch die Erkenntnis, dass Menschen anderer Kulturen mit uns leben und unsere Kultur mitprägen, egal ob wir das wollen oder nicht.

DIE VERFASSERIN IST OBFRAU DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION IM UNTERAUSSCHUSS AUSWÄRTIGE KULTUR- UND BILDUNGSPOLITIK DES DEUTSCHEN BUNDESTAGS ■

Wider den Geist des Ressentiments

Von Claudia Roth

In den Beziehungen zwischen Politik und Kultur haben Nähe und Ferne jeweils eigene Rechte. So ist es nicht nur legitim, sondern wichtig und richtig, dass Künstlerinnen und Künstler sich einmischen und auch den politisch Verantwortlichen gewissermaßen „auf die Pelle" rücken, um sie für neue Probleme, Sachlagen und Aufgaben zu sensibilisieren. Ohne solche Impulse wäre der politische Diskurs steril, fad und langweilig.

Foto: Reinhard Baumgarten

Hoch bedrohlich wäre es dagegen, wenn Staat und Politik eine Nähe zu den Künsten suchten, die wir aus autoritären Staaten kennen – wenn sie nämlich die Kunstautonomie verletzten und die Kreativen mit Zensur und Verfolgung überziehen würden. Zum Glück sind Freiheit und Unabhängigkeit der Künste bei uns weithin geachtet. Zensorischer und repressiver Ungeist trifft sehr schnell auf den Widerspruch einer lebendigen Zivilgesellschaft, die sich die Rede- und Gedankenfreiheit nicht nehmen lässt – und die auch sehr kritisch reagiert, wenn das anderswo versucht wird, wie nicht zuletzt die Reaktionen auf die Verhaftung Ai Weiweis in China zeigen.
Doch was für die Kultur im engeren Sinne, für Künste und auch Kulturinstitutionen gilt, gilt leider nicht entsprechend für das kulturelle Leben im weiteren Sinn. Respekt und Achtung für andere Lebensweisen, Alltagskulturen und Religionen sind oft nicht so entwickelt, wie es geboten wäre. Hier werden auch von Politik und Verwaltung immer wieder Unterschiede gemacht, die durch unsere Verfassung nicht gedeckt sind. Politiker und Bürokraten haben ausdrücklich keine „Deutsche Leitkultur" zu definieren, um andere Kulturen zu unterwerfen. Sie haben ausdrücklich keine Religionsmonopole aufzurichten, um etwa ein „christliches Abendland" gegen andere Religionen in Stellung zu bringen. Wer es dennoch tut, wie Innen- und Verfassungsminister Friedrich, der den Islam aus Deutschland historisch ausgrenzen will, wird dem Neutralitätsgebot unserer Verfassung nicht gerecht.
Und was Minister Friedrich macht, ist beileibe kein Einzelfall. Ich erinnere an den sogenannten „Muslim-Test", den die Landesregierung von Baden-Württemberg vor einigen Jahren propagierte, oder an diskriminierende Zuzugsregelungen, wonach Ehepartner vor allem aus muslimischen Ländern Deutschkenntnisse nachweisen müssen, solche aus den USA oder Japan dagegen nicht.
Und jenseits der Politik und des staatlichen Handelns, in zahlreichen Medien und Internetforen, ist die Lage oft noch erschreckender. Hier wird flächendeckend und offensiv islamophobes ebenso menschenverachtendes Denken gestreut, mit willkommener Unterstützung von Machwerken wie dem Buch von Thilo Sarrazin, das durch wichtige Medien regelrecht gepuscht wurde. Ja, es existiert inzwischen sogar eine ganze „Ressentiments-Industrie", die von immer neuen und doch immer gleichen „Enthüllungen" über „den" Islam lebt, und die so tut, als hätten wir es beim Islam mit einem monolithischen Block zu tun und nicht mit einer riesigen Vielfalt von Strömungen und Richtungen.
Was da an vorurteilsgeleitetem Denken mit voller Wucht über uns hereinbricht, hat der frühere Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis, bereits 1999, kurz vor seinem Tod, scharfsichtig beschrieben, als er das herrschende Islambild mit dem Bild vom Judentum im 19. und frühen 20. Jahrhunderts verglich.
Besonderes Gewicht bekommt im islamophoben Diskurs ein Element, dass ich als ehemalige Theaterdramaturgin probehalber als „performative Selbstrechtfertigung" bezeichnen möchte. Denn es ist schon auffällig, wie die Autoren des Ressentiments und die sie fördernden Politiker die allermeisten ihrer Äußerungen mit einer potemkinschen Fassade aus Liberalität und Progressivität einkleiden. Die reaktionärsten Politiker, die jahrzehntelang gegen Frauenrechte kämpften, tun so, als bekämpfen sie den Islam nun plötzlich im Namen der Rechte der Frau. Rassistische und radikal antiislamische Webblogs gerieren sich als die letzten Vertreter der liberalen Demokratie. Und Sarrazin kämpft natürlich im Namen der Redefreiheit: „Man wird ja wohl noch sagen dürfen ..."
Bezeichnend ist auch, dass das Lager, das hier gebildet wird, sich neuerdings auch als christlich-jüdisches Abendland definiert. Also jahrhundertelang verfolgte Angehörige jüdischen Glaubens werden mit eingemeindet, wenn es um die Ausgrenzung von Muslimen geht, im Kampf gegen das Zerrbild eines angeblich stets gewalttätigen, undemokratischen und repressiven, in seinem Charakter vorgeblich nicht reformierbaren Islam.
Gegen ein solches ausgrenzendes und islamfeindliches Denken, das den öffentlichen Diskurs vergiftet und dem politischen Populismus den Boden bereitet, brauchen wir heute nichts Geringeres als eine neue Aufklärung. Und ich bin der Zeitung *„politik und kultur"* sehr dankbar, dass sie mit dem Schwerpunktthema Islam hierzu einen Beitrag leistet. Ich bin auch Feuilletonredakteuren wie Patrick Bahners dankbar, dass sie mit engagierten Streitschriften die Mythen und Halbwahrheiten des antimuslimisch-islamfeindlichen Ressentiments analysieren. Ich wünschte, viele weitere Autoren folgten diesem Beispiel, viele Medien aus den Bereichen Wort, Bild und Ton. Denn wer via Populismus Auflage und Quote steigern oder als Politiker Wähler mobilisieren will, der tut dies auf dem Rücken von Minderheiten, auf dem Rücken der Demokratie
Ich wünschte mir auch ein noch geschärfteres Bewusstsein von den Gefahren des Populismus und des Ressentimentdenkens auch bei Kreativen. Denn wer zulässt, dass Ausgrenzung und Diskriminierung in der Alltagskultur salonfähig werden, der muss damit rechnen, dass die Autonomie von Kunst und Kultur das nächste Opfer ist.

DIE VERFASSERIN IST BUNDESVORSITZENDE VON BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN UND OBFRAU VON BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN IM UNTERAUSSCHUSS AUSWÄRTIGE KULTUR- UND BILDUNGSPOLITIK DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES ■

Islam und Aufklärung

Erwartungen an die Entwicklung islamischer Theologie / Von Nikolaus Schneider

Bundespräsident Christian Wulff hat mit dem Satz „Der Islam gehört zu Deutschland" eine kontroverse Debatte ausgelöst. Ich halte den öffentlichen Diskurs über den Satz für notwendig.

Unzweifelhaft ist der Islam durch den gelebten Glauben von Millionen Muslimen in Deutschland angekommen. Allerdings ist auch festzustellen, dass die Formulierung islamischer Theologie oder die Predigt islamischer Gelehrter und Geistlicher nicht aus der wissenschaftlichen Arbeit deutscher Universitäten erwächst. Ich halte es für problematisch, dass Predigten in Moscheen von Geistlichen gehalten werden, die die deutsche Sprache in der Regel nur mühsam beherrschen, nicht über tiefer gehende Kenntnisse des deutschen Lebenskontextes, seiner Kultur und Geschichte verfügen und etwa im Fall der DITIB-Gemeinden nur wenige Jahre in Deutschland leben, um dann von einem neuen Geistlichen aus der Türkei abgelöst zu werden.
Eine diskursfähige islamische Theologie ist an deutschen Universitäten noch nicht ausgebildet. Eine Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern für einen muslimischen Religionsunterricht ist in den ersten Anfängen. Das gleiche gilt für die Einführung eines islamischen Religionsunterrichtes an deutschen Schulen gemäß den Vorgaben des Grundgesetzes. Wir kennen noch keine akademische Imam-Ausbildung an deutschen Universitäten, die die Geistlichen instand setzen würde, in Unterricht, Seelsorge und Predigt Hilfe und Orientierung für ein Leben in der bundesrepublikanischen Gesellschaft anzubieten.
All das aber scheint mir erforderlich zu sein, damit der Islam in umfassenderen Sinn zu Deutschland gehört. Ich begrüße ausdrücklich, dass diese Bemühungen nun vorangetrieben werden.
Die Aufklärung ist eines der Grunddaten wissenschaftlichen Denkens der Natur- und Geisteswissenschaften an deutschen Universitäten. Nach der klassischen Definition von Immanuel Kant ist unter Aufklärung „der Ausgang des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit" zu verstehen. Was bedeutet das für unsere Überlegungen?
In wissenschaftlicher Perspektive kann die Wahrheit von Aussagen nicht durch eine gesellschaftliche oder kirchliche Instanz festgelegt und – wie z. B. durch die mittelalterliche Inquisition – mit Feuer und Schwert durchgesetzt werden. Um zu „wahren Aussagen" zu kommen, muss eine dem Gegenstand der Untersuchung angemessene Fragestellung erarbeitet werden. Die zur Anwendung kommende Methodik muss erläutert und begründet werden und alle Hilfsmittel sind vollständig anzugeben. Vor allem der Zusammenhang von Wahrheit und Methode ist ausschlaggebend für wissenschaftliches Arbeiten.
Wissenschaftliche Arbeit hat logisch korrekt zu verfahren und die Ergebnisse als „wahre Einsicht" zu formulieren, die sofort wieder dem kritischen wissenschaftlichen Diskurs ausgesetzt werden muss und dabei auch korrigiert werden kann.
Es gehört zu den Grundbedingungen wissenschaftlicher Arbeit im Bereich der Geisteswissenschaften, dass kein Gesprächsteilnehmer seine Positionen mit Gewalt oder durch Inanspruchnahme von Wahrheitsquellen durchsetzen kann, die anderen nicht zur Verfügung stehen. Es zählen allein die Argumente, korrektes wissenschaftliches Verfahren und die Gleichrangigkeit aller Gesprächsteilnehmer.
Dass diese Art wissenschaftlichen Arbeitens für die christlichen Theologie auch zu gelten hat, wenn sie am Diskurs universitärer Wissenschaft teilnehmen will, musste mühsam erstritten werden und ist bis heute nicht für alle Christenmenschen selbstverständlicher Teil ihres Wahrheitsverständnisses.
Schon Immanuel Kant hat seine Erkenntnisse in dem Bewusstsein formuliert, dass der wissenschaftliche Wahrheitsbegriff sich mit dem Wahrheitsbegriff des Glaubens überschneidet oder sich von ihm absetzt. Die Wahrheit des Glaubens ist immer eine existentielle Wahrheit der Gläubigen, bei der zur Glaubenskenntnis die Erfahrung und Lebensbewährung des Glaubens hinzutritt oder auch den wissenschaftlichen Wahrheitsbegriff ersetzt.
Bei all diesen Überlegungen muss man sich klarmachen, dass heute mit dem Begriff „Aufklärung" Errungenschaften verbunden werden, die in der mit diesem Terminus bezeichneten Epoche keineswegs erreicht wurden. Weder hat es ein Gesellschaftsverständnis gegeben, das wir heute als Demokratie kennen, noch eine gesellschaftliche Gleichstellung von Mann und Frau, noch Menschenrechte in ihrer heutigen Ausformung – um nur diese Beispiele zu nennen. Doch haben die geistesgeschichtlichen und politischen Umwälzungen jener Zeit über die Aufklärung einen enormen Schub für die Entwicklung zu einer modernen Gesellschaft bedeutet, wie sie die Bundesrepublik Deutschland heute ist.

Weiter auf Seite 7

Fortsetzung von Seite 6

Aus christlicher Perspektive muss man anmerken, dass sich diese epochalen Veränderungen sicherlich nicht so ereignet hätten, wenn nicht in den vorausgehenden Jahrhunderten durch die Reformation und die durch sie ausgelösten Entwicklungen wesentliche Voraussetzungen gelegt worden wären. Die reformatorische Erkenntnis von der Freiheit und Verantwortung eines Christenmenschen vor Gott und die Loslösung von kirchlicher, also institutioneller Bevormundung gehört dazu. Auch die Erkenntnis von der Notwendigkeit religiöser Toleranz nach den Schrecken der Religionskriege war ein Wegbereiter des neuen Denkens sowie der Grundsatz, dass es in Glaubens- und Gewissensfragen keinen Zwang geben darf. Es soll in diesem Zusammenhang nicht verschwiegen werden, dass diese Errungenschaften zwar auch durch theologisches Denken hervorgebracht wurden, aber häufig gegen den Widerstand der Kirchen durchgesetzt werden mussten. Reformation und Aufklärung verstehe ich als Grundpfeiler neuzeitlichen Denkens, doch das wurde auch von den Kirchen der Reformation bis weit in das 20. Jahrhundert hinein eher als Gefährdung von Tradition und Rechtgläubigkeit gesehen.

Vor dem Hintergrund dieser Voraussetzungen benenne ich nun einige Erwartungen an die islamische Theologie im Kontext universitärer Arbeit an deutschen Universitäten. Der Begriff „Erwartungen" darf dabei nicht als „Forderungen" missverstanden werden. Ich erwarte vielmehr, dass sich Entwicklungen aufgrund des wissenschaftlichen Diskurses vollziehen werden. Ich freue mich darauf, ein „Leben-Mohammed" Buch lesen zu können, in dem der Forschungsstand und Fortschritt der Arbeiten zum historischen Leben des Propheten Mohammed zusammengefasst und die weiteren Forschungsaufgaben beschrieben werden.

Ganz besonders bin ich an einer Koranwissenschaft interessiert, die in Exegese und Theologie zum Beispiel religionsgeschichtliche Fragestellungen anwendet und die Entstehung bzw. Entwicklung des Koran auf dem Hintergrund der gesellschaftlichen, religiösen und politischen Verhältnisse seiner Entstehungszeit darstellt – und zwar als Grundlage islamischer Theologie.

Foto: Reinhard Baumgarten

Spannend wäre es zu erfahren, was die Anthropologie des Islam zu Psychoanalyse wie überhaupt zu den modernen Humanwissenschaften zu sagen hat und ob islamische Theologie versucht, die Erkenntnisse dieser Wissenschaften für das eigene Denken fruchtbar zu machen.

Ich will nicht behaupten, dass es ein solches islamisch-theologisches Denken nicht oder noch nicht gäbe. Es kann aber festgestellt und bedauert werden, dass dieses Denken nur eine geringe Resonanz und Breitenwirkung innerhalb des mir begegnenden Islam entfalten konnte.

Im Dialog wird man wohl nur weiterkommen, wenn Muslime dabei ihren eigenen Weg finden. Die Öffnung für den akademischen Diskurs in den Universitäten der Bundesrepublik scheint mir dabei ein sehr erfolgversprechender Weg zu sein. Der Diskurs der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler auf Augenhöhe wird unserer Gesellschaft helfen, einen gemeinsamen Weg mit Menschen islamischen Glaubens zu gehen. Der Islam ist in Deutschland angekommen und er wird gemeinsam mit den anderen in Deutschland beheimateten Religionen und Weltanschauungen die Gesellschaft prägen und verändern.

DER VERFASSER IST PRÄSES DER EVANGELISCHEN KIRCHE IM RHEINLAND UND VORSITZENDER DES RATES DER EVANGELISCHEN KIRCHE IN DEUTSCHLAND ■

Recht und Islam

Gabriele Schulz im Gespräch mit Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger

Islam · Kultur · Politik: Frau Ministerin, das Thema Ihres Rechtspolitischen Neujahrsempfangs in diesem Jahr war „Islam und Recht". Wie sind Sie auf dieses Thema gekommen?

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger: In unserer Gesellschaft hat es in den vergangenen Jahren einen Wechsel der Stimmung hinsichtlich des Islams gegeben. Früher haben Muslime ihre Integrationschancen höher eingeschätzt, und sie haben sich für dieses Ziel auch angestrengt. Mittlerweile schlägt ihnen eine Welle der Ablehnung und Ausgrenzung entgegen. Menschen werden auf Grund ihres Glaubens oder auch nur ihrer Herkunft unter Generalverdacht gestellt. Das demotiviert, auch wenn Integration keine Einbahnstraße ist und Migranten ihren Teil zum Gelingen beitragen müssen. Wenngleich historische Vergleiche nie ganz passgenau sind, so sehe ich Tendenzen, wie es sie schon einmal in Deutschland gab, und zwar am Ende des 19. Jahrhunderts während der Zeit des Kulturkampfes. Damals suchte das gerade gegründete und preußisch geprägte Kaiserreich einen Aufbaugegner und meinte, ihn im Katholizismus zu finden. Viele der damaligen Argumente gegen den Katholizismus, wie etwa seine vorgebliche Modernisierungsfeindlichkeit, eine angebliche Bildungsferne und seine vorgebliche Bindung an die päpstliche Auslegung an Stelle der Gesetze, tauchen wie unheimliche Widergänger in der heutigen Debatte auf. Darauf wollte ich aufmerksam machen.

Islam · Kultur · Politik: Sehen Sie als Justizministerin ein Spannungsfeld zwischen Religion und Recht?

Leutheusser-Schnarrenberger: Die inneren Überzeugungen und der äußere Zwang des Rechts stehen immer in einem Spannungsverhältnis. Das gilt für alle Arten von Überzeugungen, gleich ob sie eine religiöse oder weltanschauliche Wurzel haben. Auch religiöse Regeln können in Konflikt mit dem Recht geraten, das betrifft das Glockengeläut der Kirchen genauso wie den Ruf vom Minarett. Aus Sicht des Rechts gibt es dabei keinen Unterschied, denn sowohl Christen wie Muslime können sich auf ihre im Grundgesetz geschützte Religionsfreiheit berufen. Die Ausübung dieser Freiheit darf aber nicht dazu führen, dass andere Menschen in ihren Rechten unzulässig eingeschränkt werden. Die Grenzziehung zwischen Religion und Recht ist deshalb auf dem Boden des Rechts in jedem Einzelfall zu treffen. Wichtig ist, dass es keinen Vorrang einer Religion vor einer anderen und keine Bevorzugung einer Religion vor dem Recht gibt.

Islam · Kultur · Politik: In der politischen aber auch in der gesellschaftlichen Debatte wird oft ein Gegensatz zwischen dem jüdisch-christlichen Erbe und dem Islam aufgemacht. Wie sehen Sie das?

Leutheusser-Schnarrenberger: Der Begriff christlich-jüdisch klingt beim ersten Hören sympathisch, wobei ich mich aber frage, ob die damit einhergehende Vereinnahmung des historisch in unserem Land verfolgten Judentums von den Deutschen jüdischen Glaubens überhaupt mehrheitlich geteilt wird. 2.000 Jahre europäischer und deutscher Geschichte können nicht auf

Weiter auf Seite 8

Foto: Reinhard Baumgarten

Fortsetzung von Seite 7

Interview Leutheusser-Schnarrenberger

dieses ausgrenzende Wortpaar verkürzt werden. Das Säkulare und die Suche nach rationalen Erklärungen sind Teil unserer Ideengeschichte. Wir haben über einen furchtbaren Religionskrieg und rassische Verfolgung gelernt, dass Toleranz und Akzeptanz und nicht Ausgrenzung die Wurzel unserer Gesellschaft bilden. Was hat die Integrationschance eines sozial schwachen Deutschen oder Muslims heute damit zu tun, dass die Franken im Jahr 732 eine Schlacht gewonnen haben, wo noch nicht einmal mittelalterliche Quellen dies für ein bedeutendes Ereignis hielten, oder der französische König mit dem Sultan verbündet war, als die Türken vor Wien standen? Wichtig ist doch, dass beide Bildung erlangen und lernen, gut mit arabischen Ziffern umzugehen. Die Grundlage unserer Gesellschaft wird durch keine bestimmte Konfession und keine ausgewählte Gruppe von Konfessionen gebildet. Die Basis unseres Zusammenlebens bilden das Grundgesetz, die darin garantieren Grundrechte und die tragenden Institutionen im Sinne des Verfassungspatriotismus. Die Rechte unserer Verfassung, wie Menschenwürde, Meinungsfreiheit und die Gleichbehandlung der Geschlechter kommen Christen, Muslimen und den vielen anderen gleichermaßen zu. Unser Blick sollte sich auf das Individuum und nicht auf eine Gruppe richten. Weder Muslime noch Christen lassen sich als fest umrissene Einheit fassen. Hinter diesen Bezeichnungen stehen individuelle Menschen mit individuellen Rechten. Das bedeutet auch, dass derjenige, der die Rechte anderer beschränkt, die daraus entstehenden Rechtsfolgen zu tragen hat. Ein Ehrenmord ist ein Mord und eine Zwangsheirat wird als Nötigung bestraft. Der Rechtsstaat ist nicht blind für Straftaten, er urteilt ohne Ansehen der Religion.

Islam · Kultur · Politik: Wird durch einen Rechtspolitischen Neujahrsempfang der Islam nicht besonders hervorgehoben? Oder wollten Sie damit zu einer Versachlichung der Debatte um den Islam beitragen?

Leutheusser-Schnarrenberger: Das Bundesjustizministerium hatte zu der Rede den angesehenen Islam- und Rechtswissenschaftler Professor Mathias Rohe von der Universität Erlangen eingeladen. Mir ging es um eine Versachlichung der Debatte und das ist auch gelungen. Ich habe viel Zuspruch und noch mehr Zuschriften erhalten, darunter aber auch solche, die mit Zitaten aus der 1.400 Jahre alten Schrift des Korans belegen wollten, dass von der Religionszugehörigkeit eine Gefahr ausgehe. In der Rede hatte ich aus der Bibel zitiert. Im Alten Testament wird historisch bedingt viel Blut von Andersgläubigen vergossen, während die Evangelien viel von Nächstenliebe berichten. Auch der Koran enthält Botschaften zum friedlichen Miteinander. Diese Stellen habe ich in den kritischen Zuschriften vermisst. Mir scheint hier noch viel Aufklärungsarbeit notwendig.

Islam · Kultur · Politik: Im März fand das zweite Plenum der zweiten Runde der Deutschen Islamkonferenz statt. Sehen Sie für die Deutsche Islamkonferenz Entwicklungsperspektiven oder hat sie ihren Zweck, mit einem Dialog zu beginnen, erfüllt?

Leutheusser-Schnarrenberger: Im Moment sehe ich leider die Gefahr, dass die Islamkonferenz zu einem Ort der Konfrontation wird. Der Streit darüber, welche Religion Deutschland in der Vergangenheit wie stark geprägt hat, mag von historischem Interesse sein, ist aber keine schöne Begleitmusik für eine Konferenz, die Integration für die Gegenwart und Zukunft fördern soll. Auch der Vorschlag einer Sicherheitspartnerschaft nimmt den muslimischen Glauben nicht als Teil von Deutschland wahr, sondern als Quelle von Extremismus und Radikalisierung. Hier wird der Islam aller Gläubigen mit dem Fanatismus weniger Islamisten gleichgesetzt. Zudem ist das Thema Islam und Innere Sicherheit schon lange Bestandteil der Islamkonferenz. Die Reaktionen der Teilnehmer sollten uns nochmals an unsere Integrationsverantwortung erinnern. Es hinterlässt Fragezeichen, wenn die in der Konferenz vertretenen Muslime offener für andere Religionen wirken als die staatlichen Vertreter.

Islam · Kultur · Politik: Wie schätzen Sie, wird die Diskussion um den Islam in Deutschland gerade unter rechtspolitischer Perspektive weitergehen? Wird es eine spannende und spannungsgeladene Diskussion bleiben oder wird es vielleicht in einigen Jahren genauso selbstverständlich wie es Professuren für Kirchenrecht gibt auch welche für Islamisches Recht geben?

Leutheusser-Schnarrenberger: Langfristig müssen wir zu einer Normalisierung gelangen. Das öffentliche Abarbeiten am Islam dient letztlich der einseitigen politischen Profilbildung und darin liegt eine große Gefahr. In unseren Nachbarstaaten verlieren die großen und vor allem auch die christlichen Parteien an Bedeutung und machen Platz für kleine chauvinistische Bewegungen. Ob und wie an den Universitäten Lehrstühle für islamisches Recht eingerichtet werden, ist eine Sache der Hochschulen. Wobei zwischen dem Staatskirchenrecht als dem Recht, das die Beziehungen zwischen den Kirchen und dem Staat regelt, und dem islamischen Recht, das sowohl religiöse als auch rechtliche Normen beinhaltet, Unterschiede bestehen. Ich würde einen entspannten Umgang begrüßen.

Islam · Kultur · Politik: Der Islam ist in Deutschland keine anerkannte Religionsgemeinschaft, da er anders als beispielsweise die Kirchen verfasst ist. Sehen Sie hier für die nächste Zukunft Entwicklungsperspektiven? Oder besteht Ihrer Ansicht nach gar nicht das Erfordernis nach einer Anerkennung als Religionsgemeinschaft?

Foto: Reinhard Baumgarten

Leutheusser-Schnarrenberger: Der Islam ist gänzlich anders verfasst als die christlichen Kirchen. Es gibt weder Papst noch Bischöfe, die Vertragspartner des Staates sein könnten. Die islamischen Gemeinden sind auch höchst unterschiedlich hinsichtlich ihrer Konfessionen und hinsichtlich der Herkunftsländer der Gläubigen verfasst. Der rechtliche Status einer anerkannten Religionsgemeinschaft kann deshalb nicht dem Islam als solchem zuerkannt werden. Anders verhält es sich mit der einzelnen Moscheegemeinde, die aber natürlich vergleichsweise klein ist. Daher wäre es wünschenswert, wenn die Muslime sich so koordinieren könnten, dass sie wenigstens in den wichtigen Fragen, die ihr Verhältnis zum Staat betreffen, möglichst mit einer Stimme sprechen könnten.

Islam · Kultur · Politik: Vielen Dank für das Gespräch.

SABINE LEUTHEUSSER-SCHNARRENBERGER IST BUNDESJUSTIZMINISTERIN. GABRIELE SCHULZ IST STELLVERTRETENDE GESCHÄFTSFÜHRERIN DES DEUTSCHEN KULTURRATES ■

Foto: Reinhard Baumgarten

Islam · Kultur · Politik

Regelmäßige Beilage zu politik und kultur
ISSN 2191-5792

Erscheint als Beilage zur Zeitung *politik und kultur*, herausgegeben von Olaf Zimmermann und Theo Geißler. Die Beilage wird in Kooperation mit der Robert Bosch Stiftung herausgegeben.

Deutscher Kulturrat
Chausseestraße 103, 10115 Berlin
Tel: 030/24 72 80 14, Fax: 030/24 72 12 45
www.kulturrat.de, E-Mail: post@kulturrat.de

Redaktion:
Olaf Zimmermann (verantwortlich),
Olaf Hahn, Gabriele Schulz,
Stefanie Ernst, Patrick Klügel

Verlag:
ConBrio Verlagsgesellschaft mbH
Brunnstraße 23,
93053 Regensburg
Internet: www.conbrio.de
E-Mail: conbrio@conbrio.de

Herstellung, Layout:
ConBrio Verlagsgesellschaft
Petra Pfaffenheuser

Alle veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Deutschen Kulturrates e.V. wieder.

politik und kultur bemüht sich intensiv um die Nennung der Bildautoren. Nicht in allen Fällen gelingt es uns, die Bildautoren ausfindig zu machen. Wir freuen uns daher über jeden Hinweis und werden nicht aufgeführte Bildautoren in der nächsten erreichbaren Ausgabe von *politik und kultur* nennen.

Gefördert aus Mitteln der Robert Bosch Stiftung.